

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bahnhofszettel-Anzeigen die
Satzspalte Kolonel-Teile
50.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von G. A. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Von den „Wirtschaftsfriedlichen“.

Es lässt sich heute noch nicht genau feststellen, in welchem Umfang der Krieg die gelben Werkvereine in Wissenschaft gezogen hat. Zuverlässige Abrechnungen und genaue Mitteilungen über den Mitgliederstand werden von den Gelben nicht veröffentlicht. Zwar werden gelegentlich einige Zahlen bekanntgegeben, jedoch meist in einer Aufmachung, daß sie mehr irreführen als unterrichten. Da die Gelben in mehrere „Richtungen“ gespalten sind und die Richtungszugehörigkeit der einzelnen Werkvereine nicht sonderlich beständig ist, wissen die Gelben ja auch wahrscheinlich selbst nicht, wie stark, richtiger wie schwach sie sind. Außerdem haben sie allerhand Gründe, die Differenzialität, die Unternehmer und nicht zuletzt die eigenen Mitglieder über die tatsächliche Schwäche der gelben Bewegung im Dunkeln zu lassen.

Immerhin wäre es möglich, daß die Werkvereine unter den Kriegseinwirkungen rein zahlenmäßig weniger gelitten haben als die Gewerkschaften. Vor allem deshalb, weil der Prozentsatz der eingezogenen Mitglieder bei ihnen voraussichtlich erheblich geringer ist. Ihre Mitgliederzahl sieht sich zum großen Teil aus den älteren Arbeitern zusammen, die nicht mehr voll leistungsfähig sind und deshalb dem Druck der Unternehmer weniger Widerstand entgegensetzen könnten, als sie für die gelbe Organisation „geworben“ wurden. Ließe sich überhaupt die durchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit messen, so würde sich wahrscheinlich zeigen, daß sie bei den Mitgliedern der Werkvereine weit unter dem allgemeinen Durchschnitt steht. Damit soll durchaus kein Vorwurf gegen die einzelnen Mitglieder der Werkvereine erhoben, sondern nur auf eine Tatsache hingewiesen werden, die es erklärt, daß die Gelben mancherorts sich damit brüsten können, weniger geschwächt zu sein als die Gewerkschaften. Wobei noch in Rechnung zu stellen wäre, daß die Unternehmer bei Reklamationen nicht überall unparteiisch verfahren, sondern vielfach weniger leistungsfähige Gelbe für ungünstiger halten als vollwertige, aber organisierte Arbeiter.

Damit ist eine Erscheinung berührt, die zwar nicht bewunderlich, aber sehr beachtlich ist: die Förderung, Unterstützung und Bevorzugung der Gelben auch in der Zeit des Burgfriedens. Viele Unternehmer lassen es sich in der Kriegszeit recht angelegen sein, ihre gelbe Schütztruppe nach Möglichkeit zu pflegen. Die Mittel, mit denen man früher für die Werkvereine warb, kann man allerdings jetzt nicht mehr in der alten Weise anwenden. Zwar scheuen sich manche Unternehmer auch jetzt nicht, von den Arbeitern, die sie annehmen, den Verzicht auf die gewerkschaftliche Organisation und den Beitritt in den gelben Werkverein zu fordern. Das sind jedoch Ausnahmen. Die meisten hüten sich denn doch, den sogenannten Burgfrieden allzu offen zu brechen. Teils, weil sie jetzt auf die Differenzialität gewisse Rücksichten nehmen müssen, teils auch, weil sie den Burgfrieden viel, sehr viel nötiger brauchen als die Gewerkschaften, und weil sie vor allem jetzt Arbeitskräfte haben müssen und nicht erst lange die gelben Schafe sich aussuchen können. Sie verzichten deshalb auf Druck- und Drohmittel und suchen auf andern Wegen zu ihrem Ziel zu kommen.

Die finanzielle Unterstützung der Gelben durch die Unternehmer steht in der Kriegszeit reicher als vor dem Kriege. Vielleicht weniger als direkte Zuwendung an die Kassen, denn als indirekte an die Mitglieder und Einrichtungen der Werkvereine. Manche Unternehmer veranlassen ihre Werkvereine, die eingezogenen oder ihre Familien in irgendeiner Weise zu unterstützen und übernehmen zugleich die Kosten einer solchen Unterstützung oder einen wesentlichen Teil derselben. Andere finden andre Mittel, um den Gelben aufzuhelfen. Eines davon ist die Verteilung von Lebensmitteln durch die Werkvereine.

Der Bergarbeiterverband hat kürzlich beim Kriegsernährungsamt Beschwerde darüber geführt, daß die gelben Betriebsvereine bei der Verteilung von Lebensmitteln durch die Betriebe bevorzugt würden. Während die Masse der Bergarbeiter Mangel leiden müste, konnten die gelben Vereine Lebensmittel an ihre Mitglieder verteilen, die ihnen von den Betrieben vermittelt wurden. Das Kriegsernährungsamt sagte Beweiseherbringung und Abhilfe zu. Wie inzwischen in der Tagespresse berichtet wurde, ist schon eingeschritten und allerlei bei den Gelben aufgedeckt worden.

Der Vorgang bietet an sich nichts Neues. Es war schon in Friedenszeiten ein Werkmittel der Gelben, billige Lebensmittel aller Art zu vermitteln. Sie konnten das dort, wo ihnen der Unternehmer Waren vermittelte, die Spesen zu seinen Lasten nahm, wohl gar einen Teil der Warentosten trug, um so dem Werkverein indirekt seine Werbearbeit zu erleichtern. Immer natürlich ausgehend von der Erwagung, daß die Ausbreitung des gelben Sumpfes ihm die Einbringung aller Untaten durch entsprechende Lohnbemessung schon ermöglichen würde. Solange Lebensmittel aller Art vorhanden waren, hat niemand den Verzicht gemacht, die Gelben ihrer Agitationsmittel und die Unternehmer ihrer Leimruten zu berauben. Anders ist das aber in der jetzigen Zeit, wo die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel der öffentlichen Kon-

trolle und Regelung untersteht und die einseitige Begünstigung einzelner Schichten oder Gruppen der Bevölkerung entschiedensten Widerspruch auslösen muß. Es ist deshalb erfreulich, daß das Kriegsernährungsamt zugesagt hat, wenigstens den gelben Unzug mit den der behördlichen Regelung unterworfenen Lebensmitteln zu unterbinden.

Es ist nun bemerkenswert, daß ein alsbelannter Gegner der modernen Arbeiterbewegung, nämlich Pastor Richter (Söningwald), die Lebensmittelversorgung durch die gelben und ähnlich gefärbten Organisationen systematisch auszubauen und zu einem Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften machen will. Er hat, wie die „Leipz. Volkszg.“ mitteilt, als Vorsitzender der Zentralstelle des Vereins zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung an die Unternehmer ein langes Schreiben gerichtet, worin er die Unternehmer für den Plan zu gewinnen sucht, den Arbeitern billige Lebensmittel zu verschaffen durch Vermittlung von Betriebswarenvertreibern, die die zu verteilenden Waren von einer zu gründenden Großkaufsgesellschaft beziehen sollen. Die Waren sollen durch die gemeinsame Großkaufsgesellschaft „in allerbester Weise fertig verpackt“ zu einem Preise gefertigt werden, der durchschnittlich 20 Prozent niedriger ist, als sie jeder Kaufmann und jeder Konsumverein liefert. Dabei soll der Betriebswarenvertreter im Nebenamt, als welcher auch ein Invalide tätig sein könnte, 2—10 Prozent vom Umsatz je nach der Warengattung verdienen und so zu einem Einkommen gelangen, das sein früheres Einkommen meist weit

übertrifft. Haniel u. Lueg und ähnliche von Arbeitern viel gebrauchte Haushaltsgegenstände in großen Insolvenzen an. Selbstverständlich wissen die Werke, die solche Insolvenzen aufgeben, genau, daß sie damit keinerlei Vergrößerung ihres Absatzes erzielen. Darauf kommt es ihnen jedoch auch nicht an. Der Zweck ihres Interesses ist nur, den gelben Blatt große Summen in einer Form zuzuführen zu können, die nicht wie ein direktes Geschenk aussieht, und die den gelben Schiebern die Behauptung ermöglicht, daß sie Unternehmer der weder erbitten noch erhalten.

So sind die Unternehmer auch unter dem Burgfrieden und allen die Tätigkeit der Gewerkschaften anpenden Neuerungen maßgebender Regierungsmänner zum Trost eifrig bemüht, ihre gelben Schützlinge zu hogen und zu pflegen. Die Bresse der Unternehmer läßt sich gleichfalls die tatkräftigste Förderung der Gelben angelegen sein. Allen voran natürlich die „Arbeitgeber-Zeitung“, die im Oktober des Vorjahrs, anlässlich einer gemeinsamen Tagung der Gelben mit Unternehmervertretern, jubelnd schrieb:

„Es ist die Stunde gekommen, in der eine nationale und wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung größeren Umfangs einzutreten hat, richtiger gesagt, in der sich eigentlich die ganze Arbeiterbewegung zu einer nationalen und wirtschaftsfriedlichen ausgestalten müßte. . . . Jetzt war es an der Zeit, die Segel zu entfalten, denn es steht der rechte, der frische, der befreiente Wind.“

Die Auffassung, daß sich jetzt „die ganze Arbeiterbewegung“ national und wirtschaftsfriedlich im Sinne der „Arbeitgeber-Zeitung“ ausgestalten ließe, zeugt von einer recht großblütigen Wertung der Stimmungen und Strömungen, die der Krieg in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft ausgelöst hat. Die beste Antwort auf solches Ansinnen hat die Konferenz gegeben, die anlässlich der Kriegsbeschädigtenfürsorge-Tagung in Köln stattfand und die von den Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen besucht wurde. Dort wurde eine Resolution angenommen, in der es ausdrücklich heißt, daß die Gewerkschaften die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennen und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Kundgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnen. Da diese Erklärung von Vertretern der Gewerkschaften aller Richtungen einmütig gefasst wurde, dürfte wohl auch der „Arbeitgeber-Zeitung“ dämmern, daß sie auf die Umwandlung der Arbeiterbewegung in eine gelbe Schütztruppe noch lange warten kann.

Die Gelben tun übrigens über die Abschaltung, die ihnen in Köln zuteil geworden ist, baß entworfene. Auf einer Konferenz, die am 27. August in Bremen stattfand, haben die Wirtschaftsfriedlichen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets ihrem Gross in einer langen Entschließung Lust gemacht. Sie sagen darin, daß sie „durchaus nicht den Wunsch“ hätten, sich den andern Organisationen „zu gemeinsamer Beratung anzuwünschen“, eine Wendung, die an die bekannte Fabel vom Fuchs erinnert, dem die Trauben zu sauer waren, die ihm zu hoch hingen. Sehr anmaßend, aber auch sehr einfällig ist es, wenn die Gelben dann, und sogar „mit allm. Nachdruck“, versetzen, überall da zugezogen zu werden, wo „von dritter Seite die Arbeiterorganisationen zur Beratung eingeladen werden“. Als ob die „dritte Seite“ immer verpflichtet oder auch nur geneigt wäre, sich in einen schlechten Zust zu bringen. Fast erheiternd wirkt in der Resolution der folgende Satz: „Wer jetzt, wo unser Vaterland in schwerstem Kampfe um sein Dasein steht und wo es Pflicht eines jeden Deutschen Mannes ist, den innern Frieden zu wahren, seinen Parteiflügel nicht zu zügeln vermag, den braucht man nicht mehr zu richten, der ist jetzt erledigt.“ Wie gesagt, wenn die Zeit nicht gut zu ernst wäre, könnte man sich lustig machen über solchen Schwur, vor allem über über die Selbstgeißelung, die darin liegt. Denn die Gelben haben auch in der Kriegszeit ihre Natur nicht verloren und ihre Neigungen nicht geändert; sie haben vielmehr jetzt wie früher den Kampf gegen die unabhängigen Arbeiterorganisationen geführt, wo und wie sie das nur immer konnten. Nach solchen Leistungen nimmt es nicht wunder, wenn am Schlusse der Entschließung der kriegerischen Meinung Ausdruck gegeben wird, daß die „wirtschaftsfriedliche“ Unternehmerschütztruppe, „die einzige bestehende Arbeiterbewegung ist, welche den Bedürfnissen unserer vaterländischen Wirtschaft entspricht und den wohlverstandenen Interessen der Arbeiterschaft wirklich Rechnung trägt“. Da wir jedem Partei das Recht zugestehen, seine Kappe zu loben, fällt es uns nicht ein, den Gelben zu wehren, wenn sie sich selbst Wehrhaft streuen. Die Zukunft wird lehren, was die Vergangenheit tausendfach gezeigt hat: daß die Interessen der Arbeiterschaft nirgend schlechter gewahrt werden als in den gelben Werkvereinen, und nirgend besser als in den unabhängigen gewerkschaftlichen Organisationen.

Zum Heeresdienst eingezogene Kollegen, die zur Arbeit beurlaubt werden,

müssen unverzüglich (spätestens innerhalb 14 Tagen) bei der Zentralstelle wieder ihre Mitgliedschaft anmelden, wenn sie nicht ihre vor der Einziehung erworbenen Rechte an den Verband verlieren wollen.

Aus dem Heeresdienst entlassene Kollegen

müssen sich innerhalb 14 Tagen wieder als Mitglieder anmelden, andernfalls verlieren sie ihre alten Rechte und müssen als neue Mitglieder eintreten.

Wer die Wiederanmeldung versäumt, hat bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. keinerlei Ansprüche an den Verband.

Am 2. September begann in Breslau die Jahrestagung des „Hauptausschusses“ der Gelben. Dort wurden denselben Klagen erhoben und wie in Bremen eine Resolution angenommen, die mit andern Worten daselbe sagt wie die oben kurz besprochene. Einige andre Dinge werden uns voraussichtlich trotzdem veranlassen, über die Tagung demnächst einiges zu sagen.

